

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Traupenstr. 1/2, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitung (Nr. 778).

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Injectiongebühren betragen für die stehende Pforten, für Besuche und Besprechungs-Angelegenheiten 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 78.

Dienstag, den 4. April 1899.

10. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Zentrum und Zuchthaus-Vorlage.

Sehr zweideutig äußert sich die katholische „Köln. Volkszeitung“ über die Zuchthaus-Vorlage. Sie schreibt: „Daß von der Sozialdemokratie ein starker Terrorismus gegenüber nicht-sozialdemokratischen Arbeitern geübt wird, haben wir nie geleugnet. Vieles von dem aber, was man Terrorismus nennt, ist eine berechtigte Wahrnehmung eigener Interessen und wird auch von Nichtsozialdemokraten, ganz besonders auch von Unternehmern geübt. Einem Gesetz, das in dies Recht eingreift, können wir nicht zustimmen. Wo unrechtmäßiger „Terrorismus“ vorliegt, wäre, ehe man neue Strafsparagrafen macht, nachzuweisen, daß die bisherigen Bestimmungen dagegen nicht ausreichen. Ist ein solcher Nachweis zu führen, so müßten die neuen Bestimmungen so gefaßt sein, daß sie erstens nicht auch gegen berechtigte Interessen anwendbar werden können, und zweitens nicht die Arbeiter, sondern nur die Unternehmern, nicht zuletzt den Unternehmer, der Terrorismus abt, genau so treffen. In diesem Falle würde sich ja über das Gesetz reden lassen.“

Dazu bemerkt treffend der „Vorwärts“: Die „Kölnische Volkszeitung“ vertritt hier schon das Rezept des Umfalle, der für die Möglichkeit vorbereitet wird, daß die Regierung auf die Zuchthausvorlage beschränkt werde. Sie treibt das Ziel, wie bei der Militärvorlage. Sie verlangt den „Nachweis“ der Notwendigkeit. Es ist aber bekannt, wie leicht sich das Zentrum gegenwärtig etwas von der Regierung nachweisen läßt; das Zentrum ist auch in dieser Hinsicht sehr glücklich geworden. Eine Umfalleinte ist ferner die Forderung, daß die Vorlage auch den Unternehmer-Terrorismus einbezogen solle. Das ist doch selbstverständlich, aber für die Praxis — wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe, — ziemlich unerbötlich.

Wir stellen fest: Die „Kölnische Volkszeitung“ nimmt nicht die sozialpolitisch allein würdige Haltung ein: Das angeführte Gesetz sei unter allen Umständen überflüssig und zu vermeiden, weil die heutigen Gesetze, wie Tausende von Fällen beweisen, nicht nur völlig genügen, um terroristische Ausschreitungen zu ahnden, sondern auch um die Koalitionsfreiheit zu bedrohen. Statt dessen sieht das Zentrum „Nachweisen“ entgegen. Das läßt das Schlimmste befürchten für die Taktik der Führer; denn daß die Zentrumsmächler zum größten Theil nichts von der Zuchthausvorlage wissen wollen, ist zweifellos.

### Auch eine Majestätsbeleidigung!

Es ist zwar schwer, dem Majestätsbeleidigungsprozeß neue Seiten abzugewinnen, aber wie würde die deutsche Justiz je vor einer solchen Schwierigkeit zurückschrecken. In Frankfurt a. M. hat das Landgericht ein Urtheil über den Gewissen Quard gefällt — mit 4 Monaten Gefängnis soll er eine angebliche Beleidigung Kaiser Wilhelms II. büßen —, das dem Thätigkeitsdrange der Staatsanwälte neue Gefilde erschließt. Die „Frankfurter Volksstimme“ schreibt über das Urtheil:

Gewisse Quard hatte in Nr. 235 unserer Zeitung vom 6. Dezember 1898 nach Mittheilung des telegraphischen Wortlautes der Rede in zum Eröffnung des Reichstages an der Spitze der Nummer in einem anschließenden Leitartikel die Thronrede mit der Anklage der Zuchthausvorlage besprochen. Von der Majestät und dem Kaiser enthielt der Artikel kein Wort und keine Andeutung. Er wendete sich gegen das mit der Thronrede verbundene Regierungsprogramm und sprach ausdrücklich immer nur von den verbündeten Regierungen und einer „Regierungskundgebung“, wie denn die Thronrede ja thatsächlich und verfassungsmäßig ein vom Bundesrat bis auf das letzte beschlossene Regierungsaft ist, an den sich der Kaiser, der ja auch staatsrechtlich gar nicht Souverän des deutschen Reiches ist — das sind die verbündeten Regierungen — bei der Vereidigung halten muß, wenn er es nicht vorzieht, die Thronrede vom Reichstanzler verlesen zu lassen. Dieser Charakter der Thronrede als Kundgebung der verbündeten Regierungen wird dem Kaiser selbst so sehr anerkannt, daß dieser am 30. November 1897 bei der betannten Zentenarfeier Thronrede erst die Thronrede verlas, sie dann in die Hände des Reichstanzlers, der für dieselbe

verantwortlich ist, zurückgab und nunmehr erst die bekannten persönlichen Worte in eigenem Namen sprach, die seinen Großvater feierten und damals allgemeines Aufsehen erregten. Der Leitartikel unseres politischen Redakteurs übte also an der Thronrede in diesem Sinne Kritik und enthielt mit Bezug auf die erste, in ihr erfolgte offizielle Anklage der Zuchthausvorlage einen Nebenatz, in welchem die Entschuldigung über die kurze Begründung für einen so wichtigen und folgenschweren Gesetzentwurf ausgesprochen war. Aber auch dieser Nebenatz beschäftigte sich ausdrücklich nur mit der „Thronrede“.

Dieser Nebenatz in den Worten: Sie (also die Thronrede) donnert gegen Streik-Terrorismus und Anarchismus, wie denn ein Vergleichswort angefügt war, waren der Anlaß zur Klage und Verhandlung, die sogar zuerst von der eröffnenden Strafkammer abgelehnt, nachher aber auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft an das Oberlandesgericht von diesem angeordnet worden war.

Auf Antrag des Staatsanwalts beschloß das Gericht den Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Saal wurde von den zahlreich erschienenen Zuhörern geräumt. Auch wir können in Folge dessen nichts aus den Verhandlungen mittheilen, die ca. dreiviertel Stunden dauerten.

Als das Gericht nach kurzer Berathung wieder erschien, verurtheilte es das verurtheilende Erkenntnis ohne jede nähere mündliche Begründung mit der einfachen Behauptung, daß der Kaiser durch jene Worte beleidigt sei. Selbst darüber, warum das Gericht bei der Strafaussmessung über den Staatsanwaltsantrag (drei Monate), hinausging wurde nichts gesagt.

Unser Frankfurter Parteiblatt erkennt den Kern des Urtheils richtig in der Auslegung der Kritik einer Staatshandlung als Majestätsbeleidigung. Wie oft ist nicht von den besonnensten Ordnungshütern gepredigt worden, daß die Person des Kaisers aus dem Spiel gelassen werden müsse bei der Erörterung staatlicher Vorgänge. Das ist in diesem Falle geschehen. Mit äußerster Sorgfalt ist die Thronrede als das behandelt und kritisiert worden, was sie unsern staatsrechtlichen Verhältnissen gemäß ist: als ein Akt der Reichsgewalt! Hilft nichts! Der Kaiser hat sie verlesen, und der Gerichtshof steht deshalb nicht an, die Kritik, die sich ausschließlich gegen den sachlichen Inhalt des Dokumentes und gegen die Einsicht der staatsrechtlich dafür verantwortlichen Verfasser lehrt, als Majestätsbeleidigung zu ahnden.

Wir wären neugierig, die Gründe des Staatsanwalts und des Gerichtshofes kennen zu lernen; aber leider das heimliche Verfahren verhält sie den profanen Blicken. Und es wäre doch gut, wenn man im Deutschen Reich erkläre, was man denn noch erörtern kann, ohne in die Fallstricke der Majestätsbeleidigungsparagrafen zu geraten. Darf über „Thema“ noch gesprochen werden?

### Die siebentausend Mann kommen!

Bereits der nächste Etat wird die Forderung der jetzt vom Reichstage verweigerten 7000 Mann für die Infanterie enthalten. So meldet die „Köln. Ztg.“ Diese Zahl sei die äußerste Zieler der Berechnungen gewesen, mit denen der Generalstab sich habe befriedigt erklären können.

Herr Lieber's berühmte Resolutionen haben dem sinken Wiederaufstehen der in der Versenkung verschwundenen 7000 Mann brillant vorgearbeitet. Die „Köln. Ztg.“ beweist natürlich haarklein, daß die 7000 Mann unbedingt notwendig seien. Das militärformne Zentrum wird natürlich den Nachweis im nächsten Jahre für geführt erachten, und die Sache ist erledigt. — Eine komische Rolle spielen dabei, wie die Berliner „Volkstz.“ treffend meint, die freikörperlichen Taktiker, die aus Dankbarkeit für die Gönnerschaft des Zentrums

die Angelegenheit so darzustellen, für gut befanden, als ob die Regierung dem Zentrum gegenüber eine Niederlage erlitten hätte; eine Fälschung des Thatbestandes, über die man selbst in sehr fraktionell gesinnten freisinnigen Kreisen herzlich gelacht hat, falls man nicht etwa einen Schritt weiter ging und sich über diese beleidigende Unterschätzung der politischen Einsicht freikörperlicher Wähler entsetzte.

### Ein Veteran der Demokratie

Ist Hermann Goldheim, der am 1. April sein fünfzigjähriges Jubiläum als Journalist feierte. An diesem Tage vor fünfzig Jahren wurde der junkerlich-militaristischen Reaktion gegenüber die demokratische „Urwähler-Zeitung“ gegründet, aus der einige Jahre später die „Volkzeitung“ wurde. Ununterbrochen die fünfzig Jahre hindurch war Goldheim Redakteur der Zeitung. Als Dreiundzwanzigjähriger hatte ihn die Märzrevolution auf die Berliner Barrikaden geführt. Er gehörte zu denen, die am 19. März als Gefangene nach Spandau transportiert wurden. Als Zeitungsredakteur hat Goldheim dann mehr als fünfzig Mal vor Gericht gestanden und ist circa 25 Mal zu Freiheitsstrafen verurtheilt worden. Aber immer hat er ausgehalten und er steht noch heute rüstig an demselben Platze, auf den er sich vor fünfzig Jahren gestellt. Er ist zeitweilig ein wackerer Kämpfer für die Demokratie geblieben und verdient in unserer streberhaften Zeit ein warmes Wort der Anerkennung.

Eine Marineprofessur ist durch den neuen Etat an der Berliner Universität eingerichtet worden. Es galt, den Privatdozenten Dr. Levy von Halle für seine Dienste, die er zur Unterstützung des Flottengesetzes der Regierung geleistet hat, zu belohnen. Jetzt berichtet der „Reichsanzeiger“, daß Dr. Levy von Halle auch als Hilfsarbeiter im Reichsmarineamt angestellt ist.

Für die sächsischen Landtagswahlen werden nach dem „Leipz. Tagebl.“ die Wahlmännerwahlen in der letzten Woche des September, die Abgeordnetenwahlen in der zweiten Woche des Oktober stattfinden.

### Ausland.

Geheime Aktenstücke über die Dreifus-Affaire veröffentlicht der „Figaro“ vom 31. März. Es sind Bruchstücke der Akten über die von der Kriminalkammer in der Revisionssaffaire geführte Untersuchung. Diese Aktenstücke wurden in einer bestimmten Anzahl von Exemplaren lediglich für die Mitglieder des Kassationshofes gedruckt. Die veröffentlichten Dokumente betreffen die Untersuchung des Disziplinargerichts gegen Esterhazy im Sommer 1898, und sind zum Theil bereits durch die Enthüllungen Esterhazy bekannt. Neu sind einige Briefe Esterhazy's, in denen französische Generale bestimmt werden, und ein Brief des Generals Burtinden an den damaligen Kriegsminister Savaignac, in welchem der General ein mildes Vorgehen gegen Esterhazy empfiehlt. Am wichtigsten ist das Protokoll über die Konfession des bu Bary de Clam mit Esterhazy. Daraus ist ersichtlich, daß der Erzump Esterhazy in der That das Werkzeuge in der Hand höherer gewesen ist. — Die Enthüllungen im „Figaro“ haben in Paris ungeheures Aufsehen hervorgerufen. Die nationalistischen Blätter äußern ihre höchste Entrüstung darüber. Die meisten sprechen die Ueberzeugung aus, der „Figaro“ habe die Untersuchungsakten von einem revisionistischen Mitgliede der Kriminalkammer erhalten. Die Regierung müsse Alles anbieten, um den Schuldigen zu entdecken, der unerbittliche Strafe verdiene. „Petit Journal“ hält die Veröffentlichung für eine Kriegserklärung, die gerade in dem Augenblicke erfolge, in welchem das Bedürfnis nach Beruhigung sich besonders fühlbar mache. Die republikanischen Blätter meinen, das Urtheil des Disziplinargerichts werde, wenn erst alle Einzelheiten be-

## Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kreyer.

Der Meister lag noch völlig in dem Banne der unklaren Vorstellung seiner Rede, als der Schall der Hausthürklänge ihn zusammenschrecken ließ.

Der Polizeileutnant schickte abermals einen Boten, mit der Anfrage, ob „Herr Timpe“ bereits gesund sei? Er möchte in diesem Falle zu einer bestimmten Stunde sich nach dem Bureau bemühen. An Stelle Liebegotts war ein anderer Schutzmann gekommen. Der Meister wollte ihn ausforschen. Der Sicherheitsmann aber zuckte die Achseln und bedauerte, keine Auskunft geben zu können.

Am anderen Morgen gleich nach 8 Uhr machte Timpe dem Leutnant seine Aufwartung. Es war derselbe, der die Streikerversammlung überwacht hatte. Der Beamte war sehr höflich, bot ihm einen Stuhl an und begann das Verhör, während dessen sein Blick mehrmals über die Gestalt Timpes, von oben bis unten, glitt. Johannes hatte seine genauen Personalien angegeben: was er treibe, in was für Beziehungen er zu den Streikenden stehe, wie er in jene Versammlung gekommen sei? Schließlich wurde ihm nichts mehr verheimlicht: er würde in eine Anklage verwickelt werden, denn er habe geradezu Aufrührer gepredigt, vorausgesetzt, daß seine Berechnungsjährigkeit an jenem Abende bewiesen werden könne. „Herr Leutnant, ich habe mich hinreißen lassen...“

der Kammer, die Sorgen“, sagte er zum Schluß und damit waren Verhörs- und Protokoll beendet. Der Beamte sprach etwas von „Behandlung“, von „seiner Pflicht“, war bei der Verabschiedung eben so höflich wie zuvor, und Timpe konnte gehen.

Wie er nach Hause kam, mußte er eigentlich nicht; als er aber angelangt war, ließ er sich wie vernichtet auf einen Stuhl nieder und versank in ein dumpfes Brüten.

Seit diesem Tage bot das Haus wieder sein früheres unheimliches Aussehen dar. Die Türen waren geschlossen und selbst der eine Flügel an Timpes Schlafzimmer war herausgezogen. Die Leute an den Fenstern der gegenüberliegenden Häuser, die bereits gelauscht hatten, in Timpes Lebensweise sei eine erfreuliche Besserung eingetreten, hatten ihren alten Gesprächsstoff bekommen, und die ganze Nachbarschaft nahm auf's Neue die Mär von der Verrücktheit des Meisters auf.

Noch vor Weihnachten wurde Timpe vor den Untersuchungsrichter geladen. Der Polizeileutnant hatte über seinen persönlichen Charakter nur das Beste berichten können. Als man aber auch hier Anspielungen auf seine Unzurechnungsfähigkeit machte, bäumte sich sein Stolz empor. Er gestand unumwunden ein, mit vollem Bewußtsein und aus Ueberzeugung gesprochen zu haben. Als er von diesem schwersten Gang seines Lebens nach Hause kam, bemächtigte sich seiner ein furchterlicher Entschluß, der ihn wie sein Schatten begleitete. Dieser Entschluß wurde noch bestärkt durch die unglückliche Hypothekengeschichte. Mit Grauen dachte er an den Tag, wo man ihn aus seinem Eigenthum verweisen würde. Seine Gleichgültigkeit gegen das Leben, der Stumpfsein, der ihn stundenlang thätlos auf einem Fleck dastehen ließ, waren bereits so groß, daß er nicht mehr daran dachte, einen Schritt aus dem Hause zu thun, um seine letzte Rettung zu versuchen.

Eine ganze Woche lang betrat er jetzt die Straße nicht. Hin und wieder stellte er sich an die Drehtafel und arbeitete, weil er glaubte, die gänzliche Thatenlosigkeit könnte seinen Verstand ummachten. Als Wäite ihn einmal besuchen wollte und drei Tage hintereinander verabschiedete die Akten des

hatte, glaubte man allgemein, daß dem Meister ein Unglück zugefallen sei. Man beruhigte sich erst, als sein Kopf sich am Siebelfenster zeigte. Er verbitte sich ein für allemal jede Störung, rief er laut hinaus. In seinem Grolle ging er so weit, mit der Polizei zu drohen. Er kenne dieselbe ganz genau und wisse, daß sie mit „manchem Menschen“ wenig Umstände mache. Dann fiel das Fenster klirrend zu.

Jetzt zweifelte sogar der Klempner an seinem Verstande. Es verging fast nun kein Tag, wo nicht Gruppen von Menschen sich vor dem Hause bildeten und dasselbe wie ein Wunder der Welt betrachteten.

Sämmtliche Stammgäste bei Jannath wußten bereits von der Untersuchung, in welche der Meister Timpe verwickelt war. Man wollte jetzt längst beobachtet haben, daß Timpe Anlage zur allgemeinen Gefährlichkeit besitze, und Jeder wahrte sich „entschieden“ dagegen, mit dem „blutigen Revolutionär“ näher befreundet gewesen zu sein. Und da Anton Rölke nicht mehr zugegen war, um für Timpe Partei zu nehmen, so wurde der Letztere jeden Abend ein Duzend Mal gefreuzigt — eine menschenfreundliche Beschäftigung, bei der Jannath mit Vergnügen feststellen konnte, daß der Verbrauch der großen Weissen sich vermehrte. Selbst der lange Bekimmer trant mehr als sonst und brückte bis halb Elf seinen Stuhl — eine Hütenansetzung seiner Lebensregel, die man in Betracht dessen halten, daß er eine zankfüchtige Ehegastin besaß, allgemein bewunderte.

Zwei Tage vor Weihnachten machte Franzens Frau noch einmal den Versuch, mit Jannath ein vernünftiges Wort zu reden; da ihr aber garnicht geöffnet wurde, mußte sie unrichtiger Sache wieder abziehen. Bis Neujahr hockte der Meister in seinem Bann, ohne von der Außenwelt mehr zu wissen als sein Gärtchen, die Wand des Kesselpfanes und den Schornstein, der sich an ihr thürmte. (Fortsetzung folgt.)



# Diamant-Velodrom

Tauentzien-Strasse 36.

Grösste und vornehmste Fahrschule Breslaus, in jeder Beziehung unerreicht.  
Ständiges Lager von über 300 Maschinen. — Preise zeitgemäss billig.

## E. Nissen's Nachf.



Special-Geschäft  
in  
**Möbel, Spiegel**  
u. Polsterwaaren.  
Verkauf gegen Cassa  
und auf  
**Theilzahlung.**  
Bekannt als  
reellste Bezugsquelle.

Albükercstraße 89, part., und 10, 1. Etage.  
Zwischen Ohlauer- und Albrechtsstraße. 4733

## Totaler Ausverkauf

wegen vollständiger Auflösung meines  
**Special-Geschäfts** 4645  
von **Gardinen, Spitzen und Stickereien**  
bester Qualität zu billigsten Preisen.  
**Freie Fahrt!**

Wir vergütigen ein **Retour-Billet 3. Klasse** bei barem  
Einkauf von mindestens 20 Mk. auf einen Umkreis von 20 km  
u. f. m. bis 200 km.

**G. J. Reinhold,**  
Breslau, Hintermarkt Nr. 1.

## Röst-Caffee

täglich frisch 4192  
in vorzüglicher Qualität  
Pfd. 160, 140, 120, 100, 80 Pfg.  
Getreidecaffee Pfd. 12 Pfg.  
Bester weißer Farin Pfd. 23 Pfg.  
Hochfeines Weizenmehl Pfd. 13 Pfg.  
Prekheten täglich frisch.  
Große Kaffeebohnen Pfd. 30 Pfg.  
Bismillah-Tafelbohnen Pfd. 60 Pfg.  
Honigsirup Pfd. 25 Pfg.  
Süßer syrup, Pfd. 15 Pfg.  
Süße Früchte Pfd. 15 Pfg.  
Hochfeine Margarine, Pfd. 65 Pfg.  
Marka Italia Fl. 70 bei 5 Fl. 65 Pfg.

**Theodor Giersdorf**  
Blücherstraße 21, am Waterloo-Platz.  
Filialen: Doltstraße 1a,  
Guderstraße 9, Nikolaistraße 1C.

## 30 Sophas und Divans

werden einzeln auf  
Abzahlung mit einer An-  
zahlung von 5 Mark  
und wöchentlicher Ab-  
zahlung von Mk. 1 an  
abgegeben. 4542/4.

**S. Osswald,**  
Schnabrücke 74, 1.

## Strohüte

Jeder Art Strohhut  
**direct** in der Fabrik  
billig  
Neue Gruppenstraße 11, Hof-  
Freund & Krebs.

## Neu eröffnet!!

Schuhhaus  
**Carl Kallmann,**  
Nicolaistr. 30,  
gegenüber der Elisabeth-  
Kirche.  
D.-Knopfstiefel  
5,75,  
Herren-Zugstiefel 5,-,  
Cousinmaderstiefel  
billiger.

## Größtes Spezialhaus

für 4788

## Damenputz.

Ueberraschend  
grosse Auswahl  
von  
elegant u. die garnirten  
**Damen- und  
Mädchenhüten**  
vom billigsten  
bis feinsten Genre zu  
sehr billigen, jedoch  
**streng festen  
Preisen.**



## Ungarnirte Hüte

äußerst billig.

**M. Tichauer,**  
Reuschestrasse 47,  
parterre und erste Etage.

## J. Schneider,

früher J. Marzoll  
Schuhmachermeister  
Gräbichenerstraße 45  
4733  
Beste  
Bezugsquelle  
für selbstgefertigte  
Heren-Gamaschen  
von 2,- bis 5,- Mk.  
Zuch- und Gilt-Schuhe  
Stiefeletten  
S. Hurlig, Ohlauerstr. 54, 1. Etg.,  
Girang über Schnabrücke.

Sie finden alles  
Sommer-Paletots in neuen Stoffen,  
eleganteren Fadens zu neuen Preisen.  
Hochfeinere Stoff-Auszüge in  
Jaquar- und Brokat-Genen, elegant und  
schönartig.  
Hochfeinere billige Jünglings- und  
Knabenhüte in eleganten Stoffen.

Strang für Brillen.  
S. Hurlig, Ohlauerstr. 54, 1. Etg.,  
Girang über Schnabrücke.

Photographie! Für Arbeiter!  
Nur Sonntags und Feiertags  
von früh 8 bis Nachm. 5 Uhr geöffnet.  
1 Dgd. 2,25, 1 Dgd. 3,75 Mk. 4773  
Gartenstraße 4951, neben Liebig.

Einzelringe und  
Rauchhühnchen  
Max Witt,  
Gartenstraße Nr. 42

# Wer noch bis zum Osterfeste

seinen Bedarf in Herren- u. Knaben-Garderoben decken will, wende sich vertrauensvoll an unsere seit 40 Jahren bestehende Firma.  
Die meisten in unserer Geschäftsbücheln, jedoch streng festen Preisen

<b>Herren-Anzüge</b> in elegantesten Stoffen mit halbhohem Brust 10 Mark.	<b>Herren-Paletots</b> in letzter Form mit Cremes Fadens 10 Mark.	<b>Herren-Mäntel</b> aus praktischen Stoffen 7 Mark.	<b>Jünglings-Garderoben</b> vom einfachsten bis elegantesten Genre in allen Größen.
<b>Herren-Anzüge</b> mit Zwirnen, Chevots etc. 15 Mark.	<b>Herren-Paletots</b> mit Singenol, Strichgarn 14 Mark.	<b>Herren-Mäntel</b> mit Keden, Chevots etc. 12 Mark.	<b>Schul-Anzüge</b> aus nur tragbaren Stoffen 7,50, 10, 13, 15 Mark.
<b>Herren-Anzüge</b> mit Strichgarn, Baumgarn, Melton 20 Mark.	<b>Herren-Paletots</b> mit Satin, Chevots etc. 19 Mark.	<b>Herren-Mäntel</b> mit sehr weichen Stoffen 17 Mark.	<b>Knaben-Garderoben</b> in unstreitig größter Auswahl vom billigsten bis besten Genre.
<b>Herren-Anzüge</b> in den besten Qualitäten 24 Mark 30, 35, 42, 45 etc.	<b>Herren-Paletots</b> bis zu den besten Genres 25 Mark 28, 32, 35, 40 etc.	<b>Herren-Mäntel</b> mit dunkler weit geschnittenen Pelz 20 Mark 23, 26, 30, 33 etc.	<b>Knaben-Leibchenhosen</b> aus Stoffen verarbeitet in allen Größen nur 1 Mark.

Die Billigkeit der oben angeführten Preise ist nicht etwa darauf zurückzuführen, daß diese Artikel wie vielfach anderweitig minderwertige Lad enhäuter sind und eigens zu Reclame-Zwecken angefertigte Ramschwaare, sondern nur weil wir in Folge unseres Engros-geschäftes größten Stiles in der Lage sind, selbst zu fabriciren und durch bedeutende Umsätze beispiellos billig zu sein.

# Gebr. Taterka, Breslau, Ring 47.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postgebühren Nr. 7789.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die erste Spalte 20 Pfennige, für Wiederholungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 78.

Dienstag, den 4. April 1899.

10. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Zentrum und Zuchthaus-Vorlage.

Sehr zweideutig äußert sich die katholische „Köln. Volkszeitung“ über die Zuchthaus-Vorlage. Sie schreibt: „Daß von der Sozialdemokratie ein starker Terrorismus gegenüber nicht-sozialdemokratischen Arbeitern geübt wird, haben wir nie geleugnet. Dieses von dem aber, was man Terrorismus nennt, ist eine berechtigte Wahrnehmung eigener Interessen und wird auch von Nichtsozialdemokraten, ganz besonders auch von Unternehmern geübt. Einem Gesetz, das in dies Recht eingreift, können wir nicht zustimmen. Wo unberechtigter „Terrorismus“ vorliegt, wäre, ehe man neue Strafparagrafen macht, nachzuweisen, daß die bisherigen Bestimmungen dagegen nicht ausreichen. Ist ein solcher Nachweis zu führen, so müßten die neuen Bestimmungen so gefaßt sein, daß sie erstens nicht auch gegen berechtigte Arbeiter-Versicherung angewendet werden können, zweitens nicht bloß Arbeiter, sondern auch jeden anderen, nicht zuletzt den Unternehmer, der Terrorismus von gewöhnlicher Art treiben. In diesem Falle würde sich ja aber das Gesetz reden lassen.“

Dazu bemerkt treffend der „Vorwärts“: „Die „Kölnische Volkszeitung“ verrät hier schon das Regest des Unfalls, der für die Möglichkeit vorbereitet wird, daß die Regierung auf die Zuchthausvorlage bestehen sollte. Sie treibt dasselbe Spiel, wie bei der Militärvorlage. Sie verlangt den „Nachweis“ der Notwendigkeit. Es ist aber bekannt, wie leicht sich das Zentrum gegenwärtig etwas von der Regierung nachweisen läßt; das Zentrum ist auch in dieser Hinsicht sehr gläubig geworden. Eine Umfassende ist ferner die Forderung, daß die Vorlage auch den Unternehmer-Terrorismus einbeziehen solle. Das ist doch selbstverständlich, aber für die Praxis — wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe — ziemlich unerheblich. Wir stellen fest: Die „Kölnische Volkszeitung“ nimmt nicht die sozialpolitisch allein würdige Haltung ein: Das angeführte Gesetz sei unter allen Umständen überflüssig und zu verwerfen, weil die heutigen Gesetze, wie Tausende von Fällen beweisen, nicht nur völlig genügen, um terroristische Ausschreitungen zu ahnden, sondern auch um die Koalitionsfreiheit zu bedrohen. Statt dessen sieht das Zentrum „Nachweisen“ entgegen. Das läßt das Schlimmste befürchten für die Taktik der — Führer; denn daß die Zentrumswähler zum größten Theil nichts von der Zuchthausvorlage wissen wollen, ist zweifellos.“

### Auch eine Majestätsbeleidigung!

Es ist zwar schwer, dem Majestätsbeleidigungsprozeß neue Seiten abzugewinnen, aber wie würde die deutsche Justiz je vor einer solchen Schwierigkeit zurückschrecken. In Frankfurt a. M. hat das Landgericht ein Urtheil über den Genossen Quard gefällt — mit 4 Monaten Gefängnis soll er eine angebliche Beleidigung Kaiser Wilhelms II. büßen —, das dem Thätigkeitsdrange der Staatsanwälte neue Gefilde erschließt. Die „Frankfurter Volksstimme“ schreibt über das Urtheil:

Genosse Quard hatte in Nr. 285 unserer Zeitung vom 6. Dezember 1898 nach Mittheilung des telegraphischen Wortlauts der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages an der Spitze der Nummer in einem anschließenden Leitartikel die Thronrede mit der Anklage der Zuchthausvorlage besprochen. Von der Majestät und dem Kaiser enthielt der Artikel kein Wort und keine Andeutung. Er wendete sich gegen das mit der Thronrede verbundene Regierungsprogramm und sprach ausdrücklich immer nur von den „verbündeten Regierungen“ und einer „Regierungsänderung“, wie denn die Thronrede ja tatsächlich und verfassungsmäßig ein vom Bundesrath bis auf das letzte Wort beschlossener Regierungsaft ist, an dem sich der Kaiser, der ja auch staatsrechtlich gar nicht Souverän des deutschen Reiches ist — das sind die verbündeten Regierungen — bei der Verlesung halten muß, wenn er es nicht vorzieht, die Thronrede vom Reichstagler verlesen zu lassen. Dieser Charakter der Thronrede als Kundgebung der verbündeten Regierungen wird vom Kaiser selbst so sehr anerkannt, daß dieser am 30. November 1897 bei der bekannten Zentenarfeier Thronrede erst die Thronrede verlas, sie dann in die Hände des Reichstagslers, der für dieselbe

verantwortlich ist, zurückgab und nunmehr erst die bekannten persönlichen Worte in eigenem Namen sprach, die seinen Großvater feierten und damals allgemeines Aufsehen erregten. Der Leitartikel unseres politischen Redakteurs übte also an der Thronrede in diesem Sinne Kritik und enthielt mit Bezug auf die erste, in ihr erfolgte offizielle Anklage der Zuchthausvorlage einen Nebenatz, in welchem die Entäußerung über die kurze Begründung für einen so wichtigen und folgenreichen Gesetzentwurf ausgesprochen war. Aber auch dieser Nebenatz beschäftigte sich ausdrücklich nur mit der „Thronrede“.

Dieser Nebenatz in den Worten: Sie (also die Thronrede) donnert gegen Streik-Terrorismus und Anarchismus, wie denn ein Vergleichswort angefügt war, waren der Anlaß zur Klage und Verhandlung, die sogar zuerst von der erdfühnenden Strafkammer abgelehnt, nachher aber auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft an das Oberlandesgericht von diesem angeordnet worden war.

Auf Antrag des Staatsanwalts beschloß das Gericht den Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Saal wurde von den zahlreich erschienenen Zuhörern geräumt. Auch wir können in Folge dessen nichts aus den Verhandlungen mittheilen, die ca. dreiviertel Stunden dauerten.

Als das Gericht nach kurzer Berathung wieder erschien, verurtheilte es das verurtheilende Erkenntnis ohne jede nähere mündliche Begründung mit der einfachen Behauptung, daß der Kaiser durch jene Worte beleidigt sei. Selbst darüber, warum das Gericht bei der Strafaussmessung über den Staatsanwaltsantrag (drei Monate), hinausging wurde nichts gesagt.

Unser Frankfurter Parteiblatt erkennt den Kern des Urtheils richtig in der Auslegung der Kritik einer Staatshandlung als Majestätsbeleidigung. Wie oft ist nicht von den berufensten Ordnungshütern gepredigt worden, daß die Person des Kaisers aus dem Spiel gelassen werden müsse bei der Erörterung staatlicher Vorgänge. Das ist in diesem Falle geschehen. Mit äußerster Sorgfalt ist die Thronrede als das behandelte und kritisierte worden, was sie unsern staatsrechtlichen Verhältnissen gemäß ist: als ein Akt der Reichsgewalt! Gift nichts! Der Kaiser hat sie verlesen, und der Gerichtshof steht deshalb nicht an, die Kritik, die sich ausschließlich gegen den sachlichen Inhalt des Dokumentes und gegen die Einsicht der staatsrechtlich dafür verantwortlichen Verfasser kehrt, als Majestätsbeleidigung zu ahnden.

Wir wären neugierig, die Gründe des Staatsanwalts und des Gerichtshofes kennen zu lernen; aber leider das heimliche Verfahren verhält sie den profanen Blicken. Und es wäre doch gut, wenn man im Deutschen Reich erlöse, was man denn noch erörtern kann, ohne in die Fallstricke der Majestätsbeleidigungsparagrafen zu gerathen. Darf über „Thema“ noch gesprochen werden?

### Die siebentausend Mann kommen!

Bereits der nächste Etat wird die Forderung der jetzt vom Reichstage verweigerten 7000 Mann für die Infanterie enthalten. So meldet die „Köln. Ztg.“ Diese Zahl sei die äußerste Ziffer der Berechnungen gewesen, mit denen der Generalstab sich habe befriedigt erklären können.

Herr Lieber's berühmte Resolutionen haben dem sinken Wiederauftauchen der in der Verlesung verschwundenen 7000 Mann brillant vorgearbeitet. Die „Köln. Ztg.“ beweist natürlich haarklein, daß die 7000 Mann unbedingt notwendig seien. Das militärfromme Zentrum wird natürlich den Nachweis im nächsten Jahre für geführt erachten, und die Sache ist erledigt. — Eine komische Rolle spielen dabei, wie die Berliner „Volkswacht“ treffend meint, die freisinnigen Taktiker, die aus Dankbarkeit für die Gönnerschaft des Zentrums

die Angelegenheit so darzustellen, für gut befanden, als ob die Regierung dem Zentrum gegenüber eine Niederlage erlitten hätte; eine Fälschung des Thatbestandes, über die man selbst in sehr fraktionell gestimmten freisinnigen Kreisen herzlich gelacht hat, falls man nicht etwa einen Schritt weiter ging und sich über diese beleidigende Unterschätzung der politischen Einsicht freisinniger Wähler entrüstete.

### Ein Veteran der Demokratie

Ist Hermann Goldheim, der am 1. April sein fünfzigjähriges Jubiläum als Journalist feierte. An diesem Tage vor fünfzig Jahren wurde der junckerlich-militaristischen Reaktion gegenüber die demokratische „Urwähler-Zeitung“ gegründet, aus der einige Jahre später die „Volkswacht“ wurde. Ununterbrochen die fünfzig Jahre hindurch war Goldheim Redakteur der Zeitung. Als Dreiundzwanzigjähriger hatte ihn die Märzrevolution auf die Berliner Barrikaden geführt. Er gehörte zu denen, die am 19. März als Gefangene nach Spandau transportiert wurden. Als Zeitungredakteur hat Goldheim dann mehr als fünfzig Mal vor Gericht gestanden und ist circa 25 Mal zu Freiheitsstrafen verurtheilt worden. Aber immer hat er ausgehalten und er steht noch heute rüstig an demselben Plage, auf den er sich vor fünfzig Jahren gestellt. Er ist zeitlebens ein waderer Kämpfer für die Demokratie geblieben und verdient in unserer streberhaften Zeit ein warmes Wort der Anerkennung.

Eine Marineprofessur ist durch den neuen Etat an der Berliner Universität eingerichtet worden. Es galt, den Privatdozenten Dr. Levy von Halle für seine Dienste, die er zur Unterstützung des Flottenjahres der Regierung geleistet hatte, zu belohnen. Jetzt berichtet der „Reichsanzeiger“, daß Dr. Levy von Halle auch als Hilfsarbeiter im Reichsmarineamt angestellt ist.

Für die sächsischen Landtagswahlen werden nach dem „Leipz. Tagebl.“ die Wahlmännerwahlen in der letzten Woche des September, die Abgeordnetenwahlen in der zweiten Woche des Oktober stattfinden.

### Ausland.

Geheime Aktenstücke über die Dreyfus-Affaire veröffentlicht der „Figaro“ vom 31. März. Es sind Buchstücke der Akten über die von der Kriminalkammer in der Revisionssache geführte Untersuchung. Diese Aktenstücke wurden in einer bestimmten Anzahl von Exemplaren lediglich für die Mitglieder des Kassationshofes gedruckt. Die veröffentlichten Dokumente betreffen die Untersuchung des Disziplinargerichts gegen Esterhazy im Sommer 1898, und sind zum Theil bereits durch die Enthüllungen Esterhazy bekannt. Neu sind einige Briefe Esterhazy's, in denen französische Generale beschimpft werden, und ein Brief des Generals Burlinden an den damaligen Kriegsminister Cavagnac, in welchem der General ein mildes Borgehen gegen Esterhazy empfiehlt. Am wichtigsten ist das Protokoll über die Konfession des du Paty de Clam mit Esterhazy. Daraus ist ersichtlich, daß der Erzump Esterhazy in der That das Werkzeuge in der Hand höherer gewesen ist. — Die Enthüllungen im „Figaro“ haben in Paris unangenehm Aufsehen hervorgerufen. Die nationalistischen Blätter äußern ihre höchste Entrüstung darüber. Die meisten sprechen die Ueberzeugung aus, der „Figaro“ habe die Untersuchungsakten von einem revisionistischen Mitgliede der Kriminalkammer erhalten. Die Regierung müsse Alles aufbieten, um den Schuldigen zu entdecken, der unerbittliche Strafe verdiene. „Petit Journal“ hält die Veröffentlichung für eine Kriegserklärung, die gerade in dem Augenblicke erfolge, in welchem das Bedürfnis nach Beruhigung sich besonders fühlbar mache. Die republikanischen Blätter meinen, das Urtheil des Disziplinargerichts werde, wenn erst alle Einzelheiten be-

## Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kehler.

(Nachdruck verboten.)

Der Meister lag noch völlig in dem Banne der unklaren Vorstellung seiner Noth, als der Schal der Haustürklingel ihn zusammenschrecken ließ.

Der Polizeilieutenant schickte abermals einen Boten, mit der Anfrage, ob „Herr Timpe“ bereits gesund sei? Er wachte in diesem Falle zu einer bestimmten Stunde sich nach dem Bureau bemühen. An Stelle Liebegotts war ein anderer Schupmann gekommen. Der Meister wollte ihn anhören. Der Sicherheitsmann aber suchte die Achseln und bedauerte, eine Auskunft geben zu können.

Am anderen Morgen gleich nach 8 Uhr machte Timpe dem Lieutenant seine Aufwartung. Es war derselbe, der die Streikerversammlung überwacht hatte. Der Beamte war sehr höflich, bot ihm einen Stuhl an und begann das Verhör, während dessen sein Blick mehrmals über die Gestalt Timpes, von oben bis unten, glitt. Johannes hatte seine genauen Personalien angegeben: was er treibe, in was für Beziehungen er zu den Streikenden stehe, wie er in jene Versammlung gekommen sei? Schließlich wurde ihm nichts mehr verheimlicht: er würde in eine Anklage verwickelt werden, denn er habe geradezu Anführer gesprochen, vorausgesetzt, daß seine Durchsetzungsfähigkeit an jenem Abend bewiesen werden könne.

„Herr Lieutenant, ich habe mich hinreichend lassen der Nummer, die Sorgen“, sagte er zum Schlaf und damit waren Verhör und Protokoll beendet. Der Beamte sprach etwas von „Bedauern“, von „seiner Pflicht“, war bei der Verabschiedung eben so höflich wie zuvor, und Timpe konnte gehen.

Wie er nach Hause kam, wußte er eigentlich nicht; als er aber angelangt war, ließ er sich wie vernichtet auf einen Stuhl nieder und versank in ein dumpfes Dösen.

Seit diesem Tage hat das Haus wieder sein früheres unheimliches Aussehen dar. Die Türen waren geschlossen und selbst der eine Flügel an Timpes Schlafzimmer war herausgehoben. Die Leute an den Fenstern der gegenüberliegenden Häuser, die bereits geglaubt hatten, in Timpes Lebensweise sei eine erfreuliche Besserung eingetreten, hatten ihren alten Gesprächsstoff bekommen, und die ganze Nachbarschaft nahm auf's Neue die Mär von der Verrücktheit des Meisters auf.

Noch vor Weihnachten wurde Timpe vor den Untersuchungsrichter geladen. Der Polizeilieutenant hatte über seinen persönlichen Charakter nur das Beste berichten können. Als man aber auch hier Anspielungen auf seine Unzurechnungsfähigkeit machte, bäumte sich sein Stolz empor. Er gestand unumwunden ein, mit vollem Bewußtsein und aus Ueberzeugung gesprochen zu haben. Als er von diesem schweren Gang seines Lebens nach Hause kam, hemmte sich keiner ein fürchterlicher Entschluß, der ihn wie sein Schatten begleitete. Dieser Entschluß wurde noch bestärkt durch die unglückliche Hypothekengeschichte. Mit Grauen dachte er an den Tag, wo man ihn aus seinem Eigentum verweisen würde. Seine Gleichgültigkeit gegen das Leben, der Stumpfsein, der ihn stundenlang thatenlos auf einem Fleck dastehen ließ, waren bereits so groß, daß er nicht mehr daran dachte, einen Schritt aus dem Hause zu thun, um seine letzte Rettung zu versuchen.

Eine ganze Woche lang betrat er jetzt die Straße nicht. Hin und wieder stellte er sich an die Drahtbahn und arbeitete, weil er glaubte, die gänzlich thatenlosigkeit könnte seinen Verstand ummächern. Als Nöthe ihn einmal besaßen wollte und drei Tage hintereinander vergeblich die Klingel gezogen

hatte, glaubte man allgemein, daß dem Meister ein Unglück zugestoßen sei. Man beruhigte sich erst, als sein Kopf sich am Giebelständer zeigte. Er verbitte sich ein für allemal jede Störung, rief er laut hinaus. In seinem Grolle ging er so weit, mit der Polizei zu drohen. Er kenne dieselbe ganz genau und wisse, daß sie mit „manchem Menschen“ wenig Umstände mache. Dann fiel das Fenster klirrend zu.

Jetzt zweifelte sogar der Klempner an seinem Verstande. Es verging fast nun kein Tag, wo nicht Gruppen von Menschen sich vor dem Hause bildeten und dasselbe wie ein Wunder der Welt betrachteten.

Sämmtliche Stammgäste bei Jamrath wußten bereits von der Untersuchung, in welche der Meister Timpe verwickelt war. Man wollte jetzt längst beobachtet haben, daß Timpe Anlage zur allgemeinen Gefährlichkeit besitze, und Jeder verwahrte sich „entschieden“ dagegen, mit dem „blutigen Revolutionär“ näher befreundet gewesen zu sein. Und da Anton Kölle nicht mehr zugegen war, um für Timpe Partei zu nehmen, so wurde der Letztere jeden Abend ein Duzend Mal gekrenzt — eine menschenfreundliche Beschäftigung, bei der Jamrath mit Vergnügen feststellen konnte, daß der Verbrach der großen Weisen sich vermehrte. Selbst der lange Brummer trank mehr als sonst und brückte bis halb Elf seinen Stuhl — eine Hintenansetzung seiner Lebensregel, die max in Betracht dessen, daß er eine janzfichtige Ehehälft besaß, allgemein bewunderte.

Zwei Tage vor Weihnachten machte Franzens Frau noch einmal den Versuch, mit Johannes ein vernünftiges Wort zu reden; da ihr aber garnicht geöffnet wurde, mußte sie unrichtiger Sache wieder abziehen. Bis Neujahr hochte der Meister in seinem Bau, ohne von der Außenwelt mehr zu sehen als sein Gärtchen, die Wand des Kesselhauses und den Schornstein, der sich auf ihr thürmte. (Fortsetzung folgt.)



192, Oels 1,65, Ewensberg 1,41, Breslau-West 1,33, Gubrau 1,29, Oppeln 0,79, Rosel 0,67 pSt.

Sozialdemokratische Stimmen in Prozenten der abgegebenen Stimmen hatten: 1. Breslau-W., 53,14, 2. Breslau-O., 49,35, 3. Reichenbach-Neurode 47,48, 4. Waldenburg 44,69, 5. Oßlich 35,08, 6. Rattowitz 32,35, 7. Breslau-Gand 31,10, 8. Liegnitz 30,29, 9. Schweidnitz 29,69, 10. Girschberg 27,74, 11. Beuthen 24,10, 12. Jauer 23,11, 13. Grünberg 19,78, 14. Slogau 16,93, 15. Bunzlau 16,30, 16. Brieg 15,74, 17. Ohlau 14,09, 18. Gletwitz 13,21, 19. Neustadt 11,96, 20. Rothenburg-Boyerwerda 11,53, 21. Sagan 11,32, 22. Ratibor 10,94 Prozent.

Unter 10 Prozent bis zu 0,67 Prozent hatten 1898 13 Wahlkreise, 1893 dagegen 19 Wahlkreise. Zwischen 10-20 Prozent sozialdemokratischen Stimmen hatten 1898: 10 Wahlkreise, 1893: 8 Wahlkreise. Zwischen 20-30 Prozent sozialdemokratischen Stimmen hatten 1898: 4 Wahlkreise, 1893: 4 Wahlkreise. Zwischen 30-40 Prozent sozialdemokratische Stimmen hatten 1898: 4 Wahlkreise, 1893: 4 Wahlkreise. Zwischen 40-50 Prozent sozialdemokratischen Stimmen hatten 1898: 3 Wahlkreise, 1893: 2 Wahlkreise. Ueber 50 Prozent sozialdemokratische Stimmen hatten 1898: 1 Wahlkreis, 1893: 2 Wahlkreise.

Den glänzendsten Aufschwung nahm danach Oberschlesien, doch dürfen wir, abgesehen von Einzelheiten auch mit dem übrigen Schlesien zufrieden sein. Redner erörtert nun eingehender die Organisation, wie sie bei den Reichstagswahlen bestand, ebenso die Agitation, die in Folge des Lokalanzeigens sich zum Teil auf die Verbreitung unserer Presse und der Flugblätter beschränken mußte. Hierin aber sei durchgängig sehr Bedeutendes geleistet worden. Von Nebengriffen einzelner Beamten und besonders von solchen Seitens Privatpersonen, Gutsinpektoren etc. sei diesmal im Ganzen wenig weniger wie früher, immer aber noch genug zu berichten. Überhört seien die vielen Mahnungen von ländlichen, sozialdemokratisch wählenden Arbeitern, die nach den Wahlen, theilweise erst im Herbst, erfolgten. Man sei hier geradezu brutal vorgegangen. An Wahlen dürfen die 1898er Wahlen in Schlesien und Posen der Partei nicht 40.000 Stimmverlust haben, von welcher Summe rund 21.000 Stimmverlust vom Berliner Parteivorstand kamen. In der an sich günstigen Resultate hätten wir noch erheblich mehr erzielt, wenn überall unsere Partei gewesen und der Verbreitungskreis unserer Presse weiter gewesen wäre. Hier müßte der Hebel angefaßt werden. Nach einem Hinweis auf die Verteilung an den Landtagswahlen, die in Breslau sehr günstig ausfiel und zu größerer Beteiligung anregte und einer Erörterung der ebenfalls zur Nachahmung anspornenden Verteilung an schlesischen Gemeinwahlen schließt Redner seinen Bericht aufgenommenen Vortrag mit der Aufforderung zu stetiger und energischer Weiterarbeit für unsere große Sache.

Zur Diskussion stellt mit folgender Antrag der Parteivorstand in Vriez:

Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dem Antrag des Vangenbergauer Parteitages endlich nachzukommen und die massiven Beschlagnahmungen von Wahl- u. s. w. Flugblättern und die oft einfach geschwindigen Behinderungen bei der Verbreitung von Flugblättern im Reichstage zur Sprache zu bringen. Die Vertrauenspersonen sind verpflichtet, dem Fraktionsvorstand oder einem der schlesischen Abgeordneten unserer Partei von allen ungerechtfertigten Beschlagnahmungen u. s. w. einen ausführlichen Bericht so bald als möglich zu überkenden.

Die Mandatsvorführungs-Kommission berichtet durch Siegmann-Breslau, daß 21 Kreise durch 43 Delegierte vertreten sind. Die Mandate sind sämtlich für gültig erklärt worden.

Die Präsenzliste ist folgende:

Regierungsbezirk Breslau.

Der Wahlkreis Namslau-Brieg ist vertreten durch Arndt-Brieg, Ohlau-Wampitz-Strehlen: Müller-Ohlau, die Wahlkreise Breslau-Ost und -West durch Heppner, Siegmann, Bergerdt, Fabian-Breslau, Wahlkreise Striegau-Schweidnitz durch Heingel und Bänisch-Striegau, Lütcher-Freiburg, Pech und Beske-Schweidnitz, Wahlkreis Waldenburg durch Haack und Rose-Waldenburg und Springer-Mittelfeld, Wahlkreis Reichenbach-Neurode: Kühn und Kant-Langenbielau, Fianke-Reichenbach, Wahlkreis Glatz-Habelschwerdt: Glöger-Glatz.

Regierungsbezirk Liegnitz.

Vertreten ist der Wahlkreis Grünberg-Freiburg durch Stolpe-Grünberg, Wahlkreis Sagan-Sprottau: Henke-Fremwaldau, Wölk-Sprottau und Kortmann-Sagan, Wahlkreise Slogau: Langwagen-Slogau, Wahlkreise Bunzlau-Löben: Franke und Römer-Bunzlau, Wahlkreis Gannau-Goldberg: Legnitze-Heider, Möhring und Ullber-Liegnitz, Rieger-Bunzlau und Gippes-Goldberg, Wahlkreis Landeshut-Jauer-Pollnhausen: Kräyig-Landeshut, Wahlkreise Girschberg-Schöndau: Kötter-Girschberg, Wahlkreise Gletwitz-Lauban: R. Rindorf und Heller-Gletwitz, Sill, Tiefenfurt, Brieg-Penzig, P. Rindorf-Marklitz und Härtel-Langensilb.

Regierungsbezirk Oppeln.

Vertreten ist der Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz durch Winter-Beuthen, Wahlkreis Ratibor: Ring-Ratibor, Wahlkreis Neustadt: Girschmeyer-Neustadt.

Provinz Posen.

Vertreten ist der Wahlkreis Posen durch Bogomski-Posen, der Wahlkreis Ratibor-Gostyn durch Siegmann-Breslau.

Ferner sind anwesend als Vertreter der Presse die Genossen Bruchns, Neukirch, Schütz und Löbe aus Breslau und der Einberufer des Parteitages, Bezirksvertrauensmann Hermann-Breslau.

Arndt-Brieg begründet alsdann den von Brieg gestellten Antrag. Er weist darauf hin, daß sich die Beschlagnahmungen, wie die Berichte aus Oberschlesien zeigen, in Schlesien sehr gehäuft haben und er wundert sich, daß sich unsere Abgeordneten den Beschlagnahmungen im Reichstage nicht zu Herzen nahmen und die Beschlagnahmungen im Reichstage zur Sprache brachten, wie es z. B. seitens des Abg. Herzfeld in einem ähnlichen Falle geschehen ist. Wenn heute ein Flugblatt beschlagnahmt wird, das morgen wieder freigegeben wird, so kräftigt sein Gahn darnach, den Namen wird kein Haar gekrümmt. Redner bittet, den Antrag anzunehmen.

Kühn-Langenbielau: Der Antrag ist ja eigentlich selbstverständlich. Die Abgeordneten hier aber einer Vertagung zu begünstigen, halte ich nicht für gerechtfertigt. Die Abgeordneten können wenigstens auch über die Beschlagnahmungen im Reichstage nicht sprechen, wenn sie nicht über jeden einzelnen Fall unterrichtet sind. Im Gesamtstand der Tagesordnung selbst würde ich nicht sprechen, wenn ich nicht eine der Leichen wäre, die auf dem Schlachtfelde des Kampfes lagen. Im Jahre 1874 sind in sechs Wahlkreisen Schlesens rund 900 Stimmen abgegeben worden, davon über die Hälfte nämlich 1833, im Kreise Reichenbach-Neurode, deshalb wurden die beiden Wahlkreise schon immer große Hoffnungen gesetzt. Das Mal wurde der Wahlkreis nur gewonnen, weil die Gegner ein einziges Mal, was diesmal ausfiel, da schon ein Kompromiß-Vertrag aufgestellt war, der zugleich konservativ und ultramontan Redner kennzeichnet noch weiter die Situation im Kreise Reichenbach-Neurode während des Kampfes und weist auf die Leichen hin, die den Verlust des Mandats brachten. Die drohende Gefahr ist hauptsächlich unter diesen zu nennen. Redner verurteilt die Barte vor, die der Bevölkerung kostenlos zur Verfügung gestellt wurden. Das Plakat lautete wie folgt: „Perum-sozialdemokratischer Flugblätter ist das Verbrechen des Brandes, das die Presse verbietet. Der Richter.“ Allgemeine Ent-

stolpe-Grünberg: Das glänzende Resultat der Wahlen ist ein Beweis für den Bruchns vorgefaßt. In der Tat ist es aber hervorzuheben, daß wir den Gegnern nicht nur Boden haben, wenn man sie vorgehen, wie das zum Teil geschehen ist, sondern wir haben auch einen Bericht über die Beschlagnahmungen des Wahlkreises Liegnitz-Goldberg-Bunzlau. Wenn man sich nur annehmen möchte, wie die Beschlagnahmungen in den Wahlkreisen ausgefallen sind, so würde man sich wundern, daß man nicht eher die Augen heraufdrängen. Mit dieser Kritik

muß gebrochen werden. Wenn wir eine Festung erobern wollen, dann müssen wir den erst herausdrängen, der sie inne hat. (Bravo.) Mit der Kritik des Genossen Bruchns, die Freisinnigen nicht zu sehr anzufassen, kann ich mich nicht einverstanden erklären. In dieser Kritik geht auch das Versprechen der Getreidejölle an die Bauern. Das ist zum Mindesten Stimmenfang. Ich bin Gegner der Landtagswahlbeteiligung. Alle Achtung hatte ich vor dem Resultat der Urwahlen in Breslau, sie wurde gekämpft durch die Wahl der drei Abgeordneten. Die sozialdemokratischen Wahlmänner dürfen nicht bedingungslos den Freisinn unterstützen.

Bogomski-Posen erklärt den Stimmrückgang in Posen durch die Ausstellung zweier polnischer Kandidaten (Hofpartei und Volkspartei). Der Kandidat der Volkspartei hat den Eindruck gemacht, daß er eben so radikal wie die Sozialdemokraten ist. Die mangelhafte Organisation ermöglichte nicht einmal die Feststellung des Wahlergebnisses. Für die Zukunft soll das so gut wie möglich gebessert werden.

Heppner-Breslau erklärt den Stimmrückgang in Breslau-Ost durch den Lokalanzeiger, der eine durchgreifende Agitation unmöglich machte. Redner erwähnt ferner, daß Breslau nicht viel besser dastehet wie die Orte, in denen Beschlagnahmungen von Flugblättern vorliefen. Beweis hierfür sei die Beschlagnahme der Wahlplakate. Zu den Landtagswahlen bemerkt Redner, daß unter Berücksichtigung der Verhältnisse in Breslau nicht anders gehandelt werden konnte, als gehandelt wurde. Ich war zuerst Gegner unserer schließlichen Haltung, habe mich aber allmählich auch davon überzeugt, daß wir nicht anders vorgehen konnten, wenn wir nicht unsere ganze Beteiligung in ihrer Bedeutung herabdrücken wollten. Wenn wir nicht für die Freisinnigen gestimmt hätten, dann hätte die Partei der Junker und Pfaffen gesiegt.

Bruchns-Breslau: Was den Ladel des Genossen Stolpe über die Haltung der Breslauer Genossen hinsichtlich der Landtagswahlen betrifft, so hätte zweifellos Genosse Stolpe auch nicht anders gehandelt als die Breslauer. Wir waren gewiß darauf hinaus, einen Vertreter für uns in den Landtag zu bringen, aber es war unmöglich, da national-konservative Wahlmänner nie für unseren Kandidaten gestimmt haben würden. Wir standen vor der Alternative, die Freisinnigen durchfallen zu lassen oder drei Anhänger des Reichstages in den Landtag zu schicken und konnten nur das erste wählen. Niemand hätte mehr als wir gewünscht, den ersten Schritt in den preußischen Kampferkreis zu machen, aber es war das ausgeschlossen. Redner bemerkt ferner betreffs des in dem erwähnten Flugblatte gemachten Versprechens der Getreidejölle an die Bauern, daß das Flugblatt nur davon sprach, daß vielleicht einmal unter gewissen Umständen einem freien Bauernstande gegenüber vernichtender Konkurrenz des Auslandes ein Getreidejölle gewährt werden könne. Ich stelle mich selbst als Verfasser dieses Flugblattes vor und danke alle die Sünder, über den man jetzt hier herfällt. Redner verteidigt seine Taktik gegenüber dem Freisinn. Eine andere Art der Agitation hätte im Gegensatz zu einem Siege der Konservativen geführt. Ich würde es als eines Sozialdemokraten unwürdig halten, mit offenen Augen für die Konservativen zu arbeiten.

Ring-Ratibor theilt mit, daß die Agitation in seinem Kreise wegen der großen Ausdehnung besonders schwer ist. Der Kampf der Freisinnigen und viele Mahnungen haben vorläufig eine energische Thätigkeit für uns verhindert. Redner verlangt bessere Unterstützung des Wahlkreises, weil die niedrige Lebenshaltung der ober-schlesischen Arbeiter jede finanzielle Unterstützung der Partei unmöglich macht und beweist dies durch einige traurige Beispiele. Wenn der Parteivorstand seine Gelder sparen will, dann möge er uns Agitationsmaterial unentgeltlich zuwenden. Wo man die Flugblattverbreiter mit Waff- und Tragabehel bestraft, muß Unterstützung von außen unbedingt kommen.

Römer-Bunzlau schließt sich den Ausführungen Stolpe's an und betont, daß unsere Parole im nächsten Wahlkampf sein muß: Gegen den Freisinn.

Die Verhandlungen werden wenige Minuten vor 2 Uhr Nachmittags auf eine Stunde vertagt. (Fortsetzung folgt.)

Aus aller Welt.

Ein großes Schiffsunglück hat sich, wie die bisherigen Meldungen befürchten ließen, an der englischen Küste ereignet. Der auf der Fahrt von Southampton nach Guernsey befindliche Vergnügungsdampfer „Stella“ stieß Donnerstag Nachmittag in dichtem Nebel auf die Gasquetfelsen nördlich Guernsey auf. Zehn Minuten später ging das Schiff unter. An Bord befanden sich 185 Reisende und 35 Mann Besatzung. Etwa 100 Personen, darunter sämtliche Frauen und Kinder wurden in Booten gerettet; man befürchtet, daß alle übrigen ertrunken sind.

Ein furchtbarer Brand hat in der Nacht auf Sonnabend in der Stadt Tarczyn (Gouvernement Warschau) 75 Wohnhäuser eingeäschert. Gegen 300 obdachlose Familien lagern auf dem Felde; 7 Personen sind verbrannt, der materielle Schaden ist bedeutend.

Die Pestepidemie in Madagaskar scheint Postdampfer-Nachrichten zufolge gänzlich erloschen zu sein: auf der Insel herrscht gegenwärtig völlige Ruhe; die gefährlichen Landbewohner kehren in die Stadt zurück und nehmen die Bebauung des Landes wieder auf. — Im Norden der Insel wüthete ein heftiger Wirbelsturm, welcher zahlreiche Häuser zerstörte; viele Menschen sind umgekommen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 4. April 1899.

\* Die Stadtverordneten-Versammlung wird in ihrer nächsten Sitzung am Donnerstag, den 6. April zunächst gemeinschaftlich mit dem Magistrat die Wahl von fünf Vertrauensmännern für den Ausschuss zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen pro 1900 vornehmen. Aus den neuen Vorlagen ist hervorzuheben der Antrag des Magistrats, einen erfahrenen Arzt (Gynäkiker) unter dem Titel Stadtarzt vom 1. April 1899 ab anzustellen. Das Anfangsgehalt soll 7500 Mk. betragen. Dieser Stadtarzt soll als berufsmäßiger ärztlicher Sachverständiger dem Magistrat in den zahlreichen Fällen zur Seite stehen, wo er über praktische und namentlich organisatorische Fragen auf dem Gebiete des Gesundheits- und Polizeiwesens zu entscheiden hat.

\* Ein beherzigenswerthe Bekanntmachung hat der hiesige Polizeipräsident erlassen; sie lautet: „Es wird von ärztlicher Seite für gesundheitlich bedenklich erklärt, daß in Gansungen, in denen Wurst und andere zubereitete Fleischwaren verkauft werden, von demselben Geschäftspersonal, das die Fleischwaren mit den Händen berührt, gleichzeitig Geld in Empfang genommen und gewechselt wird, weil hierdurch die Hände der Verkaufenden beschmutzt und Krankheitskeime übertragen werden können, abgesehen davon, daß dies Verfahren in jedem Falle als unappetitlich bezeichnet werden muß. Es empfiehlt sich hiernach dringend, daß die Wurst solcher Gansungen in ihren Geschäftsfloren zur Empfangnahme des Geldes möglichst eine besondere Person anstellen, die mit dem Verkauf der Fleischwaren nichts zu thun hat, oder wenigstens wo dies wegen des kleinen Geschäftsbetriebes nicht angängig ist, dafür sorgen, daß die Verkäufer die Fleischwaren nicht unmittelbar mit den Händen, sondern mittelst Gabeln u. dergl. fassen und abgeben.“

\* Zur Errichtung eines neuen Armenhauses haben die Wähler der Gegend von Grotzow bei Grotzow am 2. April 1899 eine Resolution erlassen, in der sie die Errichtung eines neuen Armenhauses in Grotzow vorschlagen.

jagen worden, ob es sich nicht empfiehlt, den Neubau des Armenhauses auf diesem Terrain auszuführen. Der Magistrat hat sich jedoch, wie die „Breslauer Morgen-Zeitung“ erfährt, dahin entschieden, bei seinem anfänglichen Beschlusse zu bleiben und das neue Armenhaus in Grotzow zu errichten.

\* Die Diensträume des 14. Polizei-Kommissariats befinden sich vom 1. April d. J. ab in dem Hause Paradiesstraße 1, parterre, und vom 5. April d. J. ab die des 11. Polizei-Kommissariats in dem Hause Kreuzstraße 41, parterre.

\* Allgemeiner Sängerbund. Am Charfreitag fand im Pariser Garten eine Sitzung von Vertretern hiesiger Gesangsvereine statt, in der folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die am 31. März 1899 im „Pariser Garten“ tagende Ausschuss-Sitzung vom 17. Breslauer Gesangsvereinen mit 413 Mitgliedern erkennt das Bestehen eines großen Breslauer Sängerbundes als dringend notwendig an zur würdigen Vertretung des deutschen Liedes in Breslau und zur Wahrung der Interessen der Breslauer Säger nach innen wie nach außen.“

\* Die Posten an den Pulverhäusern in Carlowitz, sowie der Posten an dem Patronatenkasten bei Schützstand 1 sind seit dem 25. v. M. mit scharfer Munition ausgerüstet worden.

\* Eine neue Sommer-Radfahrbahn wurde am Sonnabend Nachmittag im Garten des Liebich'schen Etablissements auf der Gartenstraße eröffnet.

\* Die Betriebseinnahmen der Pferdebahn im März d. J. betragen 114.475,90 Mk., vom 1. Januar bis 31. März 1899 358.740,10 Mk., in demselben Zeitraum des Jahres 1898 betragen die Einnahmen 344.915,70 Mk., mithin mehr 13.824,40 Mk. Die elektrische Straßenbahn hatte im März d. J. 70.335,70 Mk. Betriebseinnahmen, vom 1. Januar bis 31. März 1899 211.336,10 Mk.

\* Während der Fahrt wollte am 30. v. M. auf der Sandstraße ein hiesiger Techniker auf den Hinterrücken eines Motorwagens springen, wobei er aber zu Fall kam und unter den Anhängewagen geriet. Bis es gelang die Wagen zum Stillstand zu bringen, war die Verunglückte etwa 10 Schritte unter der Schutzvorrichtung vor einem Borderrade gefahrlos worden. Mit verletzten Kräfte wurde der Wagen gehoben und der Mann, der anscheinend nur leichte Verletzungen erlitten hatte, hervorgezogen. Mittels Droschke wurde er nach seiner Wohnung gebracht.

\* Durch eine Motordroschke, in der sechs Personen saßen, wurde am 29. v. M. auf der Ohlauer Chaussee eine 75 Jahre alte Witwe zu Boden gerissen und überfahren, wobei sie Verletzungen am linken Arm erlitt. Sie wurde in ihre auf der Lounglenstraße gelegene Wohnung gebracht.

\* Von einem Radfahrer wurde am 30. v. M. auf der Oberstraße eine Wirthschafterin zu Boden gerissen; sie erlitt hierbei eine Verletzung des linken Fußgelenks. Der Radfahrer besuchte, durch die Flucht zu entkommen, und nahm, um nicht durch die Nummer ermittelt werden zu können, dieselbe nach dem Unfall sofort vom Rade los. Passanten gelang es indes doch, den Radfahrer so lange festzuhalten, bis seine Personalien festgestellt werden konnten.

\* Ueberfahren. Der Hülfsrangmeister Kuhnert wurde am 30. v. M. von einer Maschine überfahren und erlitt einen Becken- und Oberschenkelbruch, an deren Folgen der Verunglückte noch an demselben Tage verstorben ist.

\* Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängnis wurden am 30. und 31. v. M. 74 Personen eingeliefert. — Schwanden wurden: eine schwarzgeputzte Damenmütze, ein Möbel-aussatz, eine Zigarrentasche, eine Krabbenpelzine, eine Emailschüssel und ein Badet, einhaltendes Krabatten und Leinwand. — Abhanden kamen: eine Korallenbroche, eine Uhr in Herzform mit einer Schleife eine Granatbroche in Sternform und eine wollene Reißbede.

Prinzenau, 1. April. Ein mächtiger Wiesen- und Waldbrand wüthete nach der „Schles. Stg.“ Kundenlang auf dem Kojelerbruche der Herrschaft Prinzenau; der Schaden ist bedeutend.

Beuthen, 31. März. Ein fast vergessenes Verbrechen ist durch die fortgesetzten Nachforschungen der hiesigen Polizei wieder in Erinnerung gebracht worden; am 25. März vor Jahres wurde der alte Münzmeister Jakobel in einem Wasserloch hinter der Gornischen Ziegelei todt aufgefunden und da der anscheinend Ermordete als wohlhabend bekannt war, sich aber in seinem Nachlasse nichts vorfand, wurde angenommen, daß er als alter Sonderling sein Vermögen bei sich getragen hätte und daß ein Raubmord vorliege. Alle Ermittlungen waren jedoch scheinbar erfolglos bis plötzlich am Mittwoch Vormittag ein hiesiger Droschkenbesitzer und dessen Ehefrau, bei denen der Ermordete zuletzt gewohnt hatte, in dieser Angelegenheit in Haft genommen wurden.

Statistisches.

Ueber die angebliche Zunahme der Nothheit und des Verbrechens im Volke lieben es die „Nutzehaltenden“ Parteien, jetzt in allen Tonarten zu jeteren. Allerlei Rezepte für die Gesetzgebung werden gegen diese angebliche Zunahme bereits vertrieben. Da erscheint jedoch eine amtliche Statistik der Zuchthausgefängenen in Preußen für das Jahr 1897/98. Diese beweist das gerade Gegentheil. Wir hatten auch schon hervorgehoben, daß bei dem Militärerlass die Zahl der wegen Unwürdigkeit vom Militär ausgeschlossenen Verurtheilten von Jahr zu Jahr abgenommen hat. Jetzt wird in der Statistik des Ministeriums des Innern festgestellt, daß die Zahl der Zuchthausgefängenen im Jahre 1897/98 die geringste gewesen ist in dem Zeitraum seit 1869, wenn man von den unter Einwirkung der Kriegsjahre stehenden Jahren 1873 und 1874 abliest.

Die Gesamtzahl der Zuchthausgefängenen betrug nämlich im Jahre 1897/98 23,867 (gegen 24,157 im Vorjahre 31,616 im Jahre 1882/83 und 28,577 im Jahre 1869). Auf 10,000 Köpfe desjenigen Theils der Bevölkerung, der nach deutschem Strafrecht überhaupt zu Zuchthausstrafe verurtheilt werden kann, also der achtzehn Jahre und darüber alten Bevölkerung des preußischen Staates, kamen in Zugang 3,08 (gegen 3,69 im Vorjahre, 6,01 im Jahre 1881/82 und 4,73 im Jahre 1869). Es ergibt sich aus der Statistik des Bestandes an Zuchthausgefängenen, so heißt es in dem amtlichen Bericht, daß die schwere Kriminalität vom Jahre 1869 bis 1871 gesunken, dann aber ziemlich konstant bis zum Jahre 1881/82 geblieben und dann ebenso konstant geblieben ist, sodas sie im Jahre 1897/98 um 8,5 Prozent günstiger steht als im Jahre 1869 und um 48,7 Prozent günstiger als im Jahre 1881/82.

Auch die Zahl der Verurtheilten unter den Zuchthausgefängenen ist gegen die Vorjahre gesunken, wobei die Zahl der Verurtheilten überhaupt, wie die der mehr als dreimal und der mit Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahre Verurtheilten. Die Gesamtzahl der Zugänge an Zuchthausgefängenen betrug im Jahre 1897/98 4694 Männer (fast 4000 im Jahre 1892/93, noch 6246) und 924 (1288) Frauen.

